

Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

05 2024



Seminare	3
Veranstaltungen / Unternehmerreisen	3
08.05.2024 Webinar: No-Russia-Clause	3
27.05.2024 Wirtschaftstag Japan in Düsseldorf	3
28.-29.05.2024 BAFA-Exportkontrolltag in Berlin.....	4
04.06.2024 Digitaler Ländersprechtage Kambodscha	4
05.06.2024 Webinar „Westbalkan – Geschäftschancen, Recht und Zoll“	4
06.06.2024 Webinar „China und CBAM“	4
06.06.2024 Deutsch-Amerikanischer Wirtschaftstag in Hannover.....	5
07.06.2024 North Sea Offshore Summit in Berlin	5
2. - 6.09.2024 Geschäftsanhaltungsreise USA – Lebensmittel allgemein.....	5
9. - 13.09.2024 Geschäftsanhaltungsreise Mexiko – Lebensmittel allgemein.....	5
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	6
Algerien: Freizonen mit Nachbarstaaten geplant	6
Angola: Neuer Zolltarif tritt in Kraft.....	6
EU: CBAM-Portal und -Leitlinien auf Deutsch verfügbar	6
EU: Freihandelsabkommen mit Neuseeland in Kraft getreten	6
EU: Verbindliche Zollwertauskunft	7
Brasilien: Zollerleichterungen bis 2025 gültig.....	7
Chile: Fortschritte beim Abkommen mit der EU.....	7
Deutschland: Angabe des Ursprungslandes in der Warenverkehrsbescheinigung	7
Deutschland: Hinweispapier des BMWK zu Sanktionsumgehungen	7
Indien: Freihandelsabkommen mit EFTA-Staaten unterzeichnet	8
Neuseeland: Freihandelsabkommen mit EU tritt in Kraft.....	8
Peru: Einführung Carnet A.T.A.	8
Serbien: Einfuhrbeschränkung für Öl und Margarine.....	8

Ländernotizen	9
Belgien: Investitionsstandort	9
China: Kfz-Branche wächst dank Elektromobilität	9
Dänemark: Ausschreibung für sechs neue Offshore-Windparks	9
Dänemark: Einigung über Wasserstoffinfrastruktur	10
EU: Enge Zusammenarbeit mit USA fortgesetzt	10
EU: Rohstoffpartnerschaft mit Usbekistan	11
Frankreich: Cyberbedrohung steigt massiv	11
Japan: Markt für 3D-Druck wächst	11
Spanien: Ausbau und Modernisierung der Bahninfrastruktur	12
Taiwan: Diversifizierung des Auslandsgeschäfts	12
Tschechien: Planung neuer Pumpspeicherkraftwerke	12
Vereinigte Arabische Emirate: Lebensmittelmarkt im Wachstum	12
Veröffentlichungen	13
Blitzumfrage der AHK Greater China	13
Geschäftsklimaumfrage deutscher Unternehmen in Japan	13
Bürokratie bremst EU-Binnenmarkt aus	13
Verschiedenes	14
Fördermittel der Investitionen für Beschäftigung	14
Impressum	15

Seminare

14.05.2024	Export- und Zollabwicklung EU und Drittländer	Digital
15.05.2024	Warenursprung und Präferenzen	Digital

Veranstaltungen / Unternehmerreisen

08.05.2024 Webinar: No-Russia-Clause

Die DIHK lädt zu einem Webinar ein, das sich mit den aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen und einer eingehenden Analyse über die Implementierung und den Umgang von Unternehmen mit der No-Russia-Clause sowie mögliche Gegenmaßnahmen Chinas befasst. Dabei werden zwei ausgewiesene Experten auf diesem Gebiet als Referenten zu Gast sein: Frau Tanja Galander und Herr Dr. Hartmut Henninger. Beide sind renommierte Rechtsanwälte der Rechtsanwaltskanzlei Graf von Westphalen mit umfangreicher Erfahrung und Fachkenntnissen auf dem Gebiet des internationalen Wirtschaftsrechts. Um [Anmeldung](#) wird gebeten.

27.05.2024 Wirtschaftstag Japan in Düsseldorf

Der traditionelle Wirtschaftstag Japan findet am 27. Mai von 13.30 bis 19 Uhr im Hotel KÖ59 in Düsseldorf statt. Die Veranstaltung gilt als größte deutsch-japanische Wirtschaftskonferenz. Vertreter japanischer und deutscher Unternehmen präsentieren in diesem Jahr Perspektiven und Anwendungen zum Thema „Deutsche und japanische Open-Innovation-Strategien für eine bessere Zukunft.“ Große Unternehmen und KMUs aus Japan und Deutschland haben bereits oft gezeigt, dass sie traditionelle Stärken und Innovationsfähigkeit exzellent miteinander verknüpfen können. Dazu soll der Austausch beim Wirtschaftstag Japan erfolgreich beitragen und damit weitere Chancen zur Kooperation eröffnen. Weitere Informationen und eine kostenfreie Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Website des Wirtschaftstages](#).

28.-29.05.2024 BAFA-Exportkontrolltag in Berlin

In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Außenwirtschaftsrecht e. V. (ZAR) lädt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zum diesjährigen Exportkontrolltag am 28. und 29. Mai 2024 in Berlin ein. Unter dem Leitthema „Vertrauen und Verantwortung“ sind unter anderem die russisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen, Rüstungsexportkontrolle und Sanktionsumgehung zentrale Themen. Keynote-Speaker ist Staatssekretär Sven Giegold. Das aktuelle Programm sowie alle Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf der [Webseite des BAFA](#).

04.06.2024 Digitaler Ländersprechtage Kambodscha

Das südostasiatische Land Kambodscha bietet deutschen Unternehmen diverse Potenziale. Auf einem digitalen Sprechtag der IHK Lüneburg-Wolfsburg erläutern Business-Scouts der Europäischen Handelskammer (EuroCham) und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) von 11 bis 12 Uhr die Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Engagements deutscher Unternehmen in Kambodscha. Wettbewerbsvorteile des Landes bestehen vor allem in einer liberalen Wirtschaftspolitik, Investitionsanreizen, einer jungen Bevölkerung und niedrigen Lohnkosten. Kambodscha bietet zudem Zugang zur gesamten ASEAN-Region. Weitere Informationen und kostenfreie Anmeldung über die [Website der IHK Lüneburg-Wolfsburg](#).

05.06.2024 Webinar „Westbalkan – Geschäftschancen, Recht und Zoll“

Ein kostenfreies Webinar von Germany Trade & Invest (GTAI) am 5. Juni von 10 bis 11 Uhr erörtert den wirtschaftlichen, rechtlichen und zollrechtlichen Rahmen für Lieferung und Beschaffung in Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Website von GTAI](#).

06.06.2024 Webinar „China und CBAM“

Das kostenfreie Webinar „China und CBAM: Was der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus im Umgang mit Lieferanten aus China bedeutet“ von Germany Trade & Invest (GTAI) am 6. Juni von 9:30 bis 10:30 Uhr informiert über die Folgen des Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) im Chinageschäft. Dabei werden folgende Fragen beantwortet:

- Was ist und wie funktioniert CBAM?
- Welche Folgen hat CBAM für deutsche Unternehmen im Chinageschäft und chinesische Exportunternehmen?
- Lessons-Learned aus den ersten Berichtsperioden
- Berechnungsbeispiele für Kostenkalkulation und Auswirkungen auf die Lieferkette

Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Website von GTAI](#).

06.06.2024 Deutsch-Amerikanischer Wirtschaftstag in Hannover

In Kooperation mit der IHK Hannover und der Deutschen Messe AG veranstaltet die AHK USA am 6. Juni in Hannover die 9. Auflage des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftstags mit zahlreichen Führungskräften und Experten, sowohl aus Deutschland als auch aus den USA. Die Veranstaltung richtet sich an deutsche Unternehmen, die ihre Geschäftsaktivitäten in den USA auf- oder ausbauen möchten. Im Mittelpunkt stehen Keynotes von führenden Köpfen im transatlantischen Handel, Expertenvorträge, Diskussionen zu aktuellen Themen, wie dem Inflation Reduction Act (IRA) und dem Chips Act sowie Workshops zu praxisnahen Fragen. Das Programm finden Sie auf der [Anmeldeseite](#).

07.06.2024 North Sea Offshore Summit in Berlin

Dank hoher Windgeschwindigkeiten, flacher Gewässer und Pionierunternehmen hat sich in der Nordseeregion eine weltweit führende Industrie für nachhaltige Energietechnologien aus dem Bereich der Offshore-Windkraft und darüber hinaus entwickelt. Um die Chancen, aber auch Herausforderungen, dieser Entwicklung zu beleuchten, organisieren die Deutschen Auslandshandelskammern (AHK) in Norwegen, Dänemark und den Niederlanden mit Unterstützung der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) am 7. Juni in Berlin eine Nordsee-Konferenz. Bei dem Event werden führende Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung der Nordsee-Anrainerländer zusammenkommen. Im Fokus der hochrangigen Reden, Podiumsdiskussionen, B2B-Gespräche und Breakout-Sessions werden Diskussionsthemen wie Nachhaltige Projektentwicklung, Ausschreibungsdesign für Offshore-Projekte, Lieferketten und Technologien sowie die Sicherheit und der Ausbau kritischer Infrastruktur stehen. Die Konferenz wird von einem Empfang in der Botschaft des Königreichs der Niederlande in Berlin am 6. Juni 2024 eingeleitet. Mehr Informationen zur Veranstaltung und das Anmeldeformular finden Sie auf der [Webseite der AHK Norwegen](#).

2. - 6.09.2024 Geschäftsanbahnungsreise USA – Lebensmittel allgemein

Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) organisiert die SBS systems for business solutions GmbH in Zusammenarbeit mit Global Agrotrade Advisors und dem Verband Food – Made in Germany e. V. diese Geschäftsreise zum Thema Lebensmittel allgemein nach Mexiko. In Bezug auf die Marktchancen deutscher Agrar- und Ernährungsgüter auf dem mexikanischen Markt liegen Weine, Biere, haltbare Lebensmittelzubereitungen, Milchprodukte (insbesondere Käsespezialitäten) sowie Süß- und Backwaren im Fokus. Das Anmeldeformular erhalten Sie über exportfoerderung@ble.de.

9. - 13.09.2024 Geschäftsanbahnungsreise Mexiko – Lebensmittel allgemein

Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) organisiert die GEFA Exportservice GmbH in Zusammenarbeit mit der CMA Global Partners und dem Verband Food – Made in Germany e. V. diese Geschäftsreise zum Thema Lebensmittel allgemein in die USA (New York). Ziel der Geschäftsreise sind Geschäftsanbahnungen, Erfahrungsaustausch und Kontaktvertiefung mit lokalen

Unternehmen und Experten. Das Anmeldeformular erhalten Sie über exportfoerderung@ble.de.

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Algerien: Freizonen mit Nachbarstaaten geplant

(GTAI) – Der algerische Präsident Abdelmadjid Tebboune hat angekündigt, mit den Nachbarstaaten Mauretanien, Tunesien, Libyen, Mali und Niger neue Freizonen zu schaffen. Die in den jeweiligen Grenzgebieten geplanten Freizonen sollen den Handel fördern. Dies soll vor allem mit Hilfe von Zoll- und Steuerfreiheit für Ursprungswaren der Partnerländer gelingen. In Freizonen werden Waren in erster Linie umgeschlagen und gelagert. Der internationale Warenaustausch wird hier so wenig wie möglich durch Zollformalitäten behindert. Einfuhrabgaben fallen grundsätzlich erst an, wenn die Waren im Wirtschaftskreislauf des Binnenmarktes eintreffen.

Angola: Neuer Zolltarif tritt in Kraft

(GTAI) – Der überarbeitete Zolltarif wurde per Präsidialdekret Nr. 1/24 am 3. Januar 2024 im angolanischen Amtsblatt veröffentlicht und tritt Anfang April 2024 in Kraft. Der neue Zolltarif weist auch Änderungen bei Einfuhrzöllen auf. Die Zollsätze variieren von zwei bis 55 Prozent. Der neue Höchstsatz von 55 Prozent wird beispielsweise auf Mineralwasser, bestimmte alkoholische Getränke und Tabakwaren angewendet. Zuvor lag der Höchstzollsatz bei 70 Prozent. Außerdem hat die angolanische Regierung Änderungen im Bereich der Mehrwertsteuer beschlossen. Das Präsidialdekret und das Gesetz zur Änderung der Mehrwertsteuer stehen [hier](#) zur Verfügung.

EU: CBAM-Portal und -Leitlinien auf Deutsch verfügbar

(EU) - Die Europäische Kommission hat ihr CBAM-Portal auch auf Deutsch freigeschaltet (dort unter „Preferences“ umstellbar). Ebenso sind nun die Leitlinien auf Deutsch verfügbar. Weiteres ist in diesem [Leitfaden](#) hinterlegt.

EU: Freihandelsabkommen mit Neuseeland in Kraft getreten

(DIHK) - Der bilaterale Handel zwischen der Europäischen Union und Neuseeland erreichte im Jahr 2022 fast 9,1 Milliarden Euro. Es wird erwartet, dass sich durch das Freihandelsabkommen der Warenhandel um 30 Prozent erhöhen wird. Allein im ersten Jahr des Abkommens können Zölle in Höhe von rund 140 Millionen Euro eingespart werden. Neuseeland hat zum 1. Mai 2024 Einfuhrzölle für präferenzielle EU-Waren gänzlich

eliminiert. Umgekehrt hat die EU ihre Zölle mit dem Inkrafttreten für 91 Prozent ihrer Zolltariflinien aufgehoben. Damit Produkte von den gegenseitigen Zollbegünstigungen profitieren können, müssen sie nach den Spielregeln des Freihandelsabkommen hergestellt und grundsätzlich durch eine Erklärung zum Ursprung vom Exporteur nachgewiesen werden.

Die relevanten Unterlagencodierungen für eine zollfreie Einfuhr aus Neuseeland sind kürzlich in der [ATLAS-Teilnehmerinformationen 0603/2024](#) veröffentlicht worden.

EU: Verbindliche Zollwertauskunft

(EU) - Die Europäische Union hat am 15. April 2024 die Änderungsverordnung zur Einführung der verbindlichen Zollwertauskunft veröffentlicht. Mit der voraussichtlichen Einführung am 1. Dezember 2027 werden Einführer die Möglichkeit haben, Rechtssicherheit bei der Ermittlung des Zollwerts von importierten Waren zu erlangen. Weiteres finden Sie in der entsprechenden [Verordnung](#).

Brasilien: Zollerleichterungen bis 2025 gültig

(GTAI) – Die Kammer für Außenhandel (Câmara de Comércio Exterior - CAMEX) hat das Regime mit den Resolutionen GECEX [322](#) und [323](#) für Kapitalgüter beziehungsweise IT-Produkte bis Ende 2025 verlängert. Zollsenkungen auf null Prozent gelten damit für zahlreiche Produkte des brasilianischen Zolltarifs zum Beispiel aus dem Bereich Maschinen, Apparate und Geräte (Kapitel 84, 85, und 90) seit dem 1. Mai 2022 bis zum 31. Dezember 2025. Eine aktualisierte Übersicht aller Produkte, für die das „Ex-tarifario“ Regime gilt, listet [GTAI hier](#).

Chile: Fortschritte beim Abkommen mit der EU

(GTAI) – Am 18. März 2024 hat der Europäische Rat das Interimshandelsabkommen gebilligt. Nun liegt das modernisierte Abkommen zwischen der EU und Chile zur Ratifizierung dem chilenischen Nationalkongress vor. Details zum Inhalt finden Sie [hier](#).

Deutschland: Angabe des Ursprungslandes in der Warenverkehrsbescheinigung

(Generalzolldirektion) – Wie der Deutsche Zoll auf seiner [Webseite](#) informiert, soll künftig nach Empfehlung der Europäischen Kommission in Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1/EUR-MED in Feld 2, Zeile 1 und in Feld 4 als Ursprungsland generell "Europäische Union" eingetragen werden. Die Europäische Kommission hat die Partnerstaaten entsprechend informiert.

Deutschland: Hinweispapier des BMWK zu Sanktionsumgehungen

(DIHK) – Am 24. April 2024 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ein neues Hinweispapier zu Sanktionsumgehungen veröffentlicht. Hierin wird die Konstellation der Beschaffung von

sanktionierten Gütern durch Russland bei ausländischen Tochterunternehmen beleuchtet. Mit dem Hinweispapier soll das Problembewusstsein der betroffenen deutschen Unternehmen und zielgerichtete interne Kontroll- und Compliance-Maßnahmen gestärkt werden. Das Hinweispapier finden Sie auf der [Website des BMWK](#).

Indien: Freihandelsabkommen mit EFTA-Staaten unterzeichnet

(GTAI) – Nach 16 Jahren Verhandlungen haben die für Handel zuständigen Minister Indiens und der EFTA-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz das Abkommen am 10. März 2024 in Delhi unterzeichnet. Das Freihandelsabkommen ist das erste Abkommen Indiens mit europäischen Partnern. Die Ratifizierung ist für 2025 vorgesehen.

Neuseeland: Freihandelsabkommen mit EU tritt in Kraft

(GTAI) – Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland wird zum 1. Mai 2024 in Kraft treten. Dann können sämtliche Waren mit Ursprung in der EU zollfrei in Neuseeland eingeführt werden. Im Gegenzug können auch fast alle Ursprungswaren Neuseelands zollfrei in die EU importiert werden. Ausnahmen gibt es im Agrarbereich. Für Geflügelfleisch, Honig, Getreide und Cidre werden die Zölle in drei gleichen Jahresschritten abgebaut. Bei Reis und Zucker geschieht das in fünf, bei Milchprodukten, Fischzubereitungen und Rum in sieben Jahresschritten. Darüber hinaus gibt es jährlich steigende Zollkontingente für Fleisch von Rindern, Schafen und Ziegen, Milchprodukte, Zuckermais und Ethanol.

Peru: Einführung Carnet A.T.A.

(DIHK) - Die Internationale Handelskammer (ICC) hat Ende 2023 bekanntgegeben, dass die Nutzung des Carnet A.T.A. seit dem 30. April 2024 in Peru möglich ist. In Peru wird das Carnet bei der vorübergehenden Einfuhr von Berufsausrüstung und Waren für Ausstellungen, Messen und ähnliche Veranstaltungen, verwendet werden können.

Serbien: Einfuhrbeschränkung für Öl und Margarine

(GTAI) – Serbien begrenzt die Einfuhr von Sonnenblumenöl und Margarine, um heimische Produzenten zu schützen. Die Entscheidung über die vorübergehende, mengenmäßige Beschränkung ist am 16. März 2024 in Kraft getreten und gilt für neun Monate. Die Einfuhr der genannten Produkte kann nur noch unter Vorlage einer Einfuhrgenehmigung erfolgen. Die Genehmigung ist vom Importeur beim serbischen Ministerium für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft zu beantragen. Sie wird für die Dauer eines Quartals erteilt. Bio-Produkte sind von der Entscheidung ausgenommen.

Ländernotizen

Belgien: Investitionsstandort

(GTAI) – Innovation und Hightech stehen in Belgien oben auf der Agenda. Davon profitieren ausländische Geschäftspartner. Belgien ist traditionell offen für ausländische Direktinvestitionen (FDI). Die Hauptinvestitionsländer waren laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in den letzten Jahren Frankreich, die USA, Deutschland, das Vereinigte Königreich und Italien. Die Investitionen konzentrieren sich hauptsächlich auf Finanz- und Versicherungsaktivitäten, die verarbeitende Industrie, gewerbliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen. Im verarbeitenden Gewerbe fließt ein Großteil der Investitionen in die Chemie-, Pharma-, Petrochemie-, Kunststoff- und Verbundwerkstoffindustrien. Dabei nimmt Antwerpen eine Schlüsselrolle ein. Außerdem spielen die Nahrungsmittelverarbeitung und -verpackung sowie der Gesundheitssektor eine Rolle. Allerdings müssen ausländische Geschäftspartner auch hohe Lohnkosten in Kauf nehmen. Details über Belgien als Investitionsstandort geben die [AHK Belgien und GTAI](#).

China: Kfz-Branche wächst dank Elektromobilität

(GTAI) – Elektromobilität und Exporte halten Chinas Automobilbranche auf Erfolgskurs. Die Ausfuhr von Autos trug 2023 erstmals mehr als die Hälfte zum Wachstum des Automobilabsatzes bei. Bei zahlreichen Automodellen gab es 2023 mehrfach Preisreduzierungsrounds, denen sich kaum ein Hersteller und Vertriebspartner widersetzen konnte. Inzwischen antizipieren interessierte Neukunden sinkende Preise und haben gelernt, abzuwarten. Den Preisdruck im chinesischen Markt geben auch ausländische Hersteller an ihre Zulieferer weiter. So sehen sich auch deutsche Kfz-Zulieferer immer mehr in Konkurrenz zu günstigeren chinesischen Anbietern. Einige treiben daher verstärkt die Lokalisierung voran. Von ihr erhoffen sie sich eine stärkere Kostenkontrolle, größere Nähe zum Kunden, kürzere Lieferzeiten und eine größere Unabhängigkeit von Disruptionen im Welthandel. Um den europäischen Markt gegen Elektrofahrzeuge zu Billigpreisen aus China zu schützen, hat die Europäische Kommission im September 2023 eine Antisubventionsuntersuchung eingeleitet. Inspektoren überprüfen demnach BYD, Geely und SAIC in China. Rund 41,4 Prozent von Chinas NEV-Exporten gingen 2023 nach Europa. Ausführliche Informationen zur chinesischen Kfz-Branche stellt [GTAI](#) zur Verfügung.

Dänemark: Ausschreibung für sechs neue Offshore-Windparks

(AHK) – Mit sechs neuen Offshore-Windparks, die zur Ausschreibung stehen, plant Dänemark den massiven Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion. Diese Initiative markiert einen bedeutenden Schritt im Bemühen um eine nachhaltigere Energiezukunft und ist die größte jemals in Dänemark veröffentlichte

Ausschreibung. Das Angebot soll den Weg für die Produktion von grünem Wasserstoff und anderen grünen Brennstoffen durch Power-to-X ebnen. Power-to-X soll demnach eine Schlüsselrolle bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen spielen und ist auch von zentraler Bedeutung bei der Planung der neuen Offshore Windparks. Mit einem kürzlich verabschiedeten Grundsatzbeschluss will die dänische Politik dies erleichtern und den reibungslosen Export von Wasserstoff ins restliche Europa ermöglichen. Gerade Deutschland wird in Zukunft als einer der größten Abnehmer für grünen Wasserstoff gesehen.

Dänemark: Einigung über Wasserstoffinfrastruktur

(AHK) – Am 4. April 2024 wurde eine Einigung über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine dänische Wasserstoffinfrastruktur veröffentlicht. Diese wurde durch die große Mehrheit des dänischen Parlamentes beschlossen und in der Energiebranche mit Spannung erwartet. Ziel der Regierung ist es, die Rentabilität der Infrastruktur und eine Unterstützung der entstehenden Wasserstoffwirtschaft in Einklang zu bringen. Konkret geht es um die Finanzierung eines Wasserstoffübertragungsnetzes in Jütland. Hier soll insbesondere Windstrom eingesetzt werden, um grünen Wasserstoff zu erzeugen und diesen dann überwiegend in Richtung Deutschlands zu verbringen – zum Beispiel um hier in der Industrie eingesetzt zu werden. Der Zugang zum deutschen Absatzmarkt ist zentral für derzeitige Projekte. Deshalb ist mehr Klarheit über die Pipeline eine notwendige Voraussetzung für Investitionsentscheidungen. Die Einigung sieht folgendes vor:

- Der dänische Staat übernimmt einen Teil des Investitionsrisikos für die Wasserstoffinfrastruktur durch Energinet.
- Zukünftige Nutzer müssen sich verpflichten, Wasserstofftransportkapazitäten für mindestens 10-15 Jahren zu buchen. Dies betrifft eine jährliche Gesamtkapazität von mindestens 1,4 GW, während die Pipeline derzeit für 3 GW geplant ist.
- Eine Erlösregulierung für Energinet ermöglicht es, Einnahmen aus dem Betrieb der Pipeline zu verschieben, um wirtschaftliche Bedingungen während des Markthochlaufes in Dänemark zu berücksichtigen. Eventuelle Defizite müssen später durch höhere Entgelte ausgeglichen werden.

Der Staat ist bereit Förderungen (Eigenkapital, Darlehen und Garantien) für den Bau der Infrastruktur bereitzustellen, sofern die in der Einigung formulierten Bedingungen erfüllt sind.

EU: Enge Zusammenarbeit mit USA fortgesetzt

(DIHK) – Auf der Ministertagung des Transatlantischen Handels- und Technologierats (TTC) im April zogen die EU und die USA nach zweieinhalbjähriger Zusammenarbeit Bilanz. Der bilaterale Handel lag bei rund 1,6 Billionen Euro im Jahr 2023. Die EU und die USA bekräftigten ihr gemeinsames Engagement für einen risikobasierten Ansatz für künstliche Intelligenz (KI) und die Unterstützung sicherer und vertrauenswürdiger KI-Technologien sowie einer engeren Zusammenarbeit z.B. in den Bereichen extreme Wetterbedingungen, Energie, Notfallmaßnahmen und Wiederaufbau. Beide Seiten kündigten auch einen neuen Dialog zwischen dem EU-Amt für künstliche Intelligenz und dem US AI Safety Institute über die Entwicklung von Instrumenten, Methoden und Benchmarks für die Messung und Bewertung von KI-Modellen an. Im Halbleiterbereich

verlängern die EU und die USA ihre beiden Verwaltungsvereinbarungen um weitere drei Jahre, um Störungen der Lieferkette frühzeitig zu erkennen und Transparenz bei den Subventionen zu gewährleisten. Sie wollen sich verpflichten, bei herkömmlichen Halbleitern zusammenzuarbeiten und ihre Kräfte in der Forschung zu bündeln, um Alternativen zu per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) in Chips zu finden. Weitere Details bietet die [DIHK](#).

EU: Rohstoffpartnerschaft mit Usbekistan

(GTAI) – Die EU und Usbekistan haben am 05.04.2024 eine Absichtserklärung unterzeichnet, mit der eine strategische Partnerschaft im Bereich der kritischen Rohstoffe begründet wird. Usbekistan hat die zweitgrößten Reserven von kritischen Rohstoffen in Zentralasien und verfügt über bedeutende Vorkommen an verschiedenen Mineralien wie Kupfer, Molybdän und Gold. Derzeit hat die EU Rohstoffpartnerschaften mit Kanada, der Ukraine, Kasachstan, Namibia, Chile, Argentinien, Sambia, der Demokratischen Republik Kongo und dem Autonomen Gebiet Grönland geschlossen. Auf welche Bereiche sich die strategische Partnerschaft mit Usbekistan konzentriert finden Sie [hier](#).

Frankreich: Cyberbedrohung steigt massiv

(GTAI) – Die Cyberbedrohung in Frankreich steigt massiv. Im Jahr 2023 verzeichnete das ANSSI, die staatliche Informationssicherheitsbehörde, gut 1.100 erfolgreiche Angriffe auf Unternehmen und öffentliche Einrichtungen; eine Steigerung von 34 Prozent gegenüber dem Jahr 2022. Nicht nur die Fälle von Cyberkriminalität (vor allem in Form von Datendiebstahl und Erpressung) nehmen zu. Angesichts der nahenden Olympischen Spiele und geopolitischer Spannungen wie dem Ukrainekrieg verzeichnet die staatliche Informationssicherheitsbehörde ANSSI eine Häufung politisch motivierter Angriffe auf französischem Boden. Staatlich gelenkte oder geförderte Spionage- und Destabilisierungsattacken sind auf dem Vormarsch. Erpressung und Ransomware wird zum allgemeinen Geschäftsrisiko. Nähere Informationen und Lösungsansätze der Zukunftssektoren Cybersecurity stellt [GTAI hier](#) vor.

Japan: Markt für 3D-Druck wächst

(GTAI) – Japan ist einer der Pioniere des 3D-Drucks. Die meisten Geräte werden importiert, auch aus Deutschland. Der japanische Markt für große professionelle 3D-Drucker erreichte nach Schätzungen des Nomura Research Institute 2021 ein Volumen von 152 Millionen US-Dollar. Bis 2027 soll er auf Yen-Basis jährlich um 13 Prozent wachsen. Für die kommenden Jahre wird weiteres Wachstum erwartet, auch wenn die Firmen meist zögern, Geld für große Drucker auszugeben. Bisher bleibt es in der Regel bei der Produktion von Prototypen, und es findet keine Massenproduktion statt. Besser läuft es für japanische Anbieter beim Verkauf entsprechender Materialien. Ausführliche Hintergrundinformationen liefert [GTAI](#).

Spanien: Ausbau und Modernisierung der Bahninfrastruktur

(GTAI) – Mit großen Investitionen auf der iberischen Halbinsel entstehen auch neue Geschäftschancen für deutsche Unternehmen. Die Auslandshandelskammern in Portugal und Spanien sehen diese insbesondere für Hersteller von Leit- und Sicherungstechnik sowie für Firmen aus den Bereichen Gleisbau, Weichen und Elektrifizierung. Benötigte Ingenieurdienstleistungen umfassen die Planung, Produktentwicklung, das Engineering sowie nachhaltige Mobilitäts- und integrierte Systemlösungen. Für die geplanten und laufenden Erweiterungen und Modernisierungen wollen Spanien und Portugal auch Finanzhilfen aus dem Programm [NextGenerationEU](#) nutzen. Die Pläne des Ministeriums für Verkehr und nachhaltige Mobilität sind [hier](#) näher dargestellt.

Taiwan: Diversifizierung des Auslandsgeschäfts

(GTAI) – Lokale Firmen weiteten ihre Engagements in internationalen Märkten deutlich um 137 Prozent auf 23,6 Milliarden US-Dollar aus. Beim Streben, die eigene Wirtschaft zu diversifizieren, stehen vor allem Südostasien, Indien und Ozeanien im Fokus der Taiwaner. Darüber hinaus legten auch die taiwanischen Direktinvestitionen in den USA um fast das neunfache des Vorjahreswerts zu. Die Investitionen in Japan zogen fast um das Dreifache an. Durch die starke Stellung Taiwans vor allem bei der Produktion von Halbleitern kann diese Entwicklung enorme Auswirkung auf die internationalen Lieferketten haben. Deutschland hat ebenfalls von den Aktivitäten taiwanischer Firmen profitiert. Diese investierten 2023 fast 4 Milliarden US-Dollar in Deutschland. Dies entsprach einem Anstieg um 1,35 Prozent. Fast die gesamte Summe entfiel auf die Sparte "elektronische Teile und Komponenten". [Weiterführende Informationen](#) bietet GTAI.

Tschechien: Planung neuer Pumpspeicherkraftwerke

(GTAI) – Tschechien will mit neuen Pumpspeicherkraftwerken die Schwankungen bei der Stromerzeugung besser ausgleichen. Sechs große Investitionsvorhaben sind dafür vorgesehen. Ein regionaler Schwerpunkt ist das Kaskadensystem an der Moldau südlich von Prag, wo allein drei Anlagen zum Hochpumpen und Speichern des Wassers geplant sind. Details dazu finden Sie [hier](#).

Vereinigte Arabische Emirate: Lebensmittelmarkt im Wachstum

(GTAI) – Nahrungsmittelmarkt in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) entwickelt sich dynamisch. In den Golfstaat beeinflussen vor allem ein hohes Bevölkerungswachstum, steigende Einkommen, der Trend zu höherwertigen Lebensmitteln und die schnell wachsende Nachfrage bei Convenience Food den Nahrungsmittelbedarf. Das Wachstum wird weiterhin angetrieben von einer vielfältigen, multikulturellen Bevölkerung und einem florierenden Tourismussektor. Die Prognosen für 2024 bleiben auch angesichts bestehender Risiken positiv. Die Branchentrends sind [hier](#) ausführlich dargestellt.

Veröffentlichungen

Blitzumfrage der AHK Greater China

Chinesische Unternehmen werden für deutsche Betriebe in der Volksrepublik – und auch auf weiteren globalen Märkten – zur immer stärkeren Konkurrenz. In einer aktuellen Umfrage der Deutschen Handelskammern in China zur Wettbewerbssituation geben fast zwei Drittel der Teilnehmenden (65 Prozent) an, unfairen Wettbewerbsbedingungen ausgesetzt zu sein. Dabei halten sich die deutschen Unternehmen zwar mit Blick auf Faktoren wie Produktqualität, technologische Führerschaft und Innovationsstärke im Vergleich zur chinesischen Konkurrenz für überlegen. Allerdings sehen sie sich in puncto Marktzugang gegenüber chinesischen Firmen durchgängig schlechter gestellt – das gilt etwa für den Zugang zu Netzwerken, Steuerbegünstigungen, Ausschreibungen, Marktinformationen oder Lizenzen. Private chinesische Unternehmen sind vor ausländischen Unternehmen Hauptwettbewerber. Zur Umfrage gelangen Sie [hier](#).

Geschäftsklimaumfrage deutscher Unternehmen in Japan

Geopolitische Unsicherheiten und der Wunsch nach Diversifizierung sind die Hauptmotive für deutsche Konzerne, vermehrt Produktion und Management von China nach Japan zu verlegen. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Japan (AHK Japan) und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG. Als größten Standortvorteil schätzen 94 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Stabilität Japans, dicht gefolgt von der Stabilität und Vertrauenswürdigkeit der Geschäftsbeziehungen (93 Prozent). Aber auch die betrieblichen Ergebnisse sprechen für ein Engagement in dem ostasiatischen Inselstaat: 92 Prozent der deutschen Unternehmen erwirtschafteten 2023 Gewinne in Japan; 21 Prozent erzielten Gewinnmargen vor Steuern von mehr als 10 Prozent. Als herausfordernd erweisen sich in Japan vor allem die Rekrutierung von qualifiziertem Personal (82 Prozent) und aufgrund der Staatsverschuldung beziehungsweise des schwachen Yen auch Währungsrisiken (76 Prozent). Nähere Details finden Sie in der [Geschäftsklimaumfrage German Business in Japan 2024](#).

Bürokratie bremst EU-Binnenmarkt aus

Die Bürokratie hemmt den Fortschritt des EU-Binnenmarkts weiterhin. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) präsentiert die Ergebnisse einer Umfrage unter IHKs und AHKs, die verdeutlichen, dass das Wirtschaften im Binnenmarkt nach wie vor eine Herausforderung darstellt. Ganz vorne bei den Problemen steht nach DIHK-Erkenntnissen die Arbeitnehmerentsendung. Ungeeignete Regulierung geht mit zusätzlichen nationalen Hürden Hand in Hand. Häufig sind Unternehmen in anderen EU-Ländern mit Verwaltungsportalen konfrontiert, die nicht auf Englisch, sondern nur in der Landessprache funktionieren –

auch Deutschland ist hier kein Vorbild. Der E-Commerce leidet darunter, dass im Versandhandel je nach Land unterschiedliche Neuetikettierungen erforderlich werden. Auch das europäische Sorgfaltspflichtengesetz sorgt für bürokratische Hindernisse. Immerhin bietet Europa als größter Binnenmarkt der Welt ein beispielloses Potenzial für Unternehmen und Verbraucher. Zwei Drittel des gesamten EU-Warenhandels entfallen auf Mitgliedstaaten der Union. Insgesamt sind durch ihn mehr als 50 Millionen europäische Arbeitsplätze entstanden. Die komplette Analyse finden Sie [hier zum Download](#).

Verschiedenes

Fördermittel der Investitionen für Beschäftigung

Die Fazilität Investitionen für Beschäftigung wird Wettbewerbsrunden in Ghana, Marokko, Ruanda und Senegal starten. Gesucht werden Projekte, die eine bedeutende Anzahl an Arbeitsplätzen schaffen und den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen ermöglichen. Vom 15. Mai bis 1. Juli 2024 können Unternehmen sowie öffentliche und gemeinnützige Träger Investitionsvorschläge einreichen. Die Fazilität vergibt Zuschüsse zwischen 650.000 Euro und 6 Millionen Euro an Projekte, die von rein privatwirtschaftlichen Vorhaben bis hin zu öffentlichen Infrastrukturprojekten reichen. Die Höhe des Zuschusses ist projekt- und länderabhängig. Wichtig ist, dass jedes vorgeschlagene Investitionsvorhaben zur dauerhaften Schaffung von Arbeitsplätzen im Privatsektor beiträgt und dass die Arbeitsplätze Zugang zu umfangreichen Sozialleistungen bieten. Dabei darf der Zuschussbetrag pro geschaffenen Job 10.000 Euro nicht übersteigen. Wenn nachgewiesen wird, dass das Projekt einen Beitrag zur Förderung der Beschäftigung von Frauen leistet oder den sozial gerechten Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft vorantreibt, erhöhen sich die Chancen auf einen Zuschuss. Allgemeine Informationen zum Bewerbungsprozess bietet [Invest for Jobs](#).

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg

Ringstraße 4

26721 Emden

www.ihk-emden.de/international

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.

Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

05 2024